Sebastian Haumann

Protest auf Kölsch

Lokale Identität und Mobilisierung in der Kölner Südstadt 1970–1980

Einleitung

Die Kölner Südstadt gilt weithin als das „kölschste Viertel" Kölns. Hier scheinen sich ur-kölsche Mentalität und lokale Gebräuche wie in keinem anderen Viertel konserviert und mit einem bunten multikulturellen Milieu vermengt zu haben. Der Bekanntheitsgrad der Südstadt als originales und originelles Viertel ist auch außerhalb Kölns ausgesprochen hoch und dadurch zu einem Paradebeispiel besonders ausgeprägter lokaler Identität geworden.[1] In den frühen 1970er Jahren sah die Situation dagegen völlig anders aus. Verfall der Bausubstanz, Wegzug der altansässigen Bevölkerung und nicht zuletzt Pläne zur Sanierung der Südstadt ließen befürchten, dass die Zukunft – im wahrsten Sinne des Wortes – einen Abbruch der lokalen Traditionen des ältesten Kölner Arbeiterviertels bringen würde. Die Furcht vor der Zerstörung der gewohnten Umgebung und der sozialen Netzwerke wurde im Zuge der Auseinandersetzung um die Veränderungen im Viertel zu einem gewichtigen Referenzpunkt. Sie fand ihren populärsten Ausdruck in den Aktionen der Bürgerinitiative südliche Altstadt (BISA), die die Berücksichtigung der Bewohnerinteressen bei der Erneuerung der Südstadt durchzusetzen versuchte.

Die BISA und ihre viertelsbezogenen Aktivitäten waren typisch für einen Trend zur lokalen Verankerung von Protest in den 1970er Jahren. In dieser Zeit nahm die Anzahl von Initiativen, die sich gegen räumlich fassbare Probleme, oder zumindest klar verortbare Projekte – wie die der Atomindustrie – wandten, sprunghaft zu. Sie führten die Auseinandersetzung um geplante oder existierende Infrastruktur und konstruierten Zerstörungsszenarien unterschiedlicher Reichweite durch Straßenbauprojekte, Industrieansiedlungen oder auch Sanierungsvorhaben. Protestgegenstände vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Probleme lokal zu spezifizieren eröff-

[1] Vgl. z. B. http://www.koeln-suedstadt.de (16.6.2007).

Geschichte im Westen (GiW) Jahrgang 22 (2007), 251–268
© Klartext Verlag, Essen, ISSN 0930–3286

nete eine neue Dimension persönlicher Betroffenheit. Im Vergleich zur verhältnismäßig abstrakt argumentierenden „68er-Bewegung“ konnten die Bürgerinitiativen der 70er Jahre dadurch eine erheblich breitere soziale Basis mobilisieren, obwohl dies meist auch nur durch einen Konsens möglich wurde, der darin bestand, Vorhandenes zu bewahren.[2]

Bereits ab 1970, als die Sanierung der Kölner Südstadt absehbar wurde, war das städtische Erneuerungsprojekt zu einem Protestgegenstand dieses Typs geworden. Bis zur Umsetzung erster baulicher Maßnahmen um 1980 beherrschten diffuse Veränderungserwartungen die Auseinandersetzung um die Sanierung. Insbesondere während der ausgesprochen schleppend verlaufenen Vorbereitungsphase bis 1977 gelang es der Stadtverwaltung nicht, ihre Ziele zu einem überzeugenden Konzept zusammenzufassen. Die Bewohner der Südstadt hatten allen Grund, ihre schlimmsten Befürchtungen in die ambivalenten Zielvorgaben der Stadtverwaltung hinein zu interpretieren. Angefangen mit Plänen zur Errichtung des vielgeschossigen „Severincenters“ über den Bau einer Stadtautobahn, die auch den schnellstraßenartigen Ausbau südstädtischer Straßen nahelegte, bis hin zur spekulativen Aufwertung von Wohnbereichen durch private Investoren, deuteten zahlreiche Indizien auf drastische Veränderungen hin.[3]

Die Argumentation der BISA schloss sich an die diffusen Ängste der Südstadtbewohner an, indem die Bürgerinitiative Strategien entwickelte, die die befürchteten Veränderungen räumlich fassbar machten. Neben der symbolischen – und später auch tatsächlichen – Besetzung von Räumen, wie sie etwa bei der Auseinandersetzung um die Stollwerck-Fabrik eine wichtige Rolle spielte, schien vor allem der Rückgriff auf die traditionsreiche lokale Identität der Südstadt Anknüpfungspunkte zu bieten. Die Wahl einer solchen Strategie erscheint umso erstaunlicher, als die BISA nicht in erster Linie eine Initiative der alteingesessenen Bevölkerung darstellte, sondern überwiegend von jungen Akademikern, Kreativen und sozial Engagierten getragen wurde, die erst um 1970 in das Viertel kamen.[4]

In diesem Beitrag geht es darum, zu zeigen, wie raumbezogene Identität in politischen Auseinandersetzungen wahrgenommen, konstruiert, insbesondere aber instrumentalisiert wurde.[5] Dazu werde ich zunächst aus der Perspektive der Aktivisten argumentieren und versuchen zu rekonstruieren, wie eine Initiative darauf verfiel,

[2] Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004, S. 66.

[3] Busch + Berger Planung: Severincenter – Berechnungen (5.2.1971), Historisches Archiv der Stadt Köln (HAStK), Acc. 1723/291; Stadt Köln (Hg.), Stadtautobahn Köln, Köln 1962.

[4] Wilfried Nelles/Reinhard Oppermann, Stadtsanierung und Bürgerbeteiligung, Göttingen 1979, S. 137f.

[5] Vgl. Detlev Ipsen, Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychozozialen Raumkategorie, in: Rolf Lindner (Hg.), Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt (Main) 1994, S. 232–254.

sich auf die lokalen Besonderheiten eines Stadtviertels zu beziehen, dessen Eigenarten den meisten Protagonisten zu Beginn vermutlich nur vermittelt bekannt waren. Des weiteren werden die Strategien der BISA, an das so konstruierte Image einer Viertelstradition anzuknüpfen, nachgezeichnet. In einem letzten Abschnitt, werde ich zeigen, wie die von der BISA propagierte Identität der Südstadt im Laufe der 70er Jahre in Gegensatz zur sozialen Realität im Viertel geraten war und nicht weiter aufrecht erhalten werden konnte.

Der Weg zur lokalen Verortung von Protest: Vom Kölner Stadtforum zur Bürgerinitiative südliche Altstadt

Als sich um die Jahreswende 1969/70 eine Gruppe kritischer Architekten entschloss, der offiziellen Stadtentwicklungspolitik von Rat und Verwaltung ihre Vorstellungen von bürgernaher Planung entgegenzusetzen, schritt sie zur Gründung des Kölner Stadtforums (KSF). Vorausgegangen war eine jahrelange Debatte um die Grundlagen Kölner Stadtentwicklung. Die Kritik, die Alexander Mitscherlich 1965 unter dem Schlagwort „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“[6] zusammengefasst hatte, richtet sich gegen den als zu stark empfundenen Einfluss von Marktmechanismen auf die Gestaltung städtischer Räume.[7] Im Gegensatz dazu waren die Möglichkeiten der betroffenen Bürger, ihre Interessen als zukünftige Bewohner und Nutzer durchzusetzen, begrenzt. Dieses Ungleichgewicht auszugleichen, sah das KSF als seine zentrale Aufgabe an – mit dem Ziel, eine den Bedürfnissen der Bürger angepasste Stadtplanung zu gewährleisten. In einem ersten Satzungsentwurf definierten die Beteiligten die Aufgaben des Forums: „Demokratisierung des Stadtentwicklungsprozesses. Aktivierung und Ermöglichung der Teilnahme aller stadtbildender Kräfte an Entwicklungsfragen der Stadt und der Region. [...] Kritische Beteiligung an der Stadt- und Regionalplanung. Information der Bürgerschaft über Stadtplanungsvorgänge.“[8] Man hoffte, ein solches Forum als Gegengewicht zum Stadtentwicklungsausschuss des Rates etablieren zu können, und hatte dabei den Erfolg des Münchener Stadtforums vor Augen, dem es gelungen war, eine kritische, aber konstruktive Kooperation mit den repräsentativ gewählten Gremien einzugehen.[9]

6 Alexander Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt (Main) 1965.

7 Kölner Stadtforum: Gründe für die Bildung eines Kölner Stadtforums (o.D.), HAStK, Best. 7740/1220.

8 Kölner Stadtforum: Satzungsentwurf (April 1970), HAStK, Best. 7740/1214.

9 Brief Erich Schneider-Wesseling an Dr. Kräber (21.10.1970), HAStK, Best. 7740/1214; Stefan Goerner/Christian Schaller, Partizipation. Alibi oder Grundlage demokratischer Planung, Köln 1973.

Die weit gesteckten Ziele des Stadtforums sollten in einem komplexen System von Basisgruppen verwirklicht werden, die entweder themenbezogen für die gesamte Stadt, stadtteilbezogen oder als „Stadtteil-Problemgruppen" arbeiten sollten. Das Forum wurde so konzipiert, dass möglichst viele Bürger auf gesamtstädtischer Ebene erreicht und in den Meinungsbildungsprozess eingebunden werden konnten. Es war daher so breit und differenziert ausgelegt, dass jeder der rund 800.000 damaligen Einwohner Kölns in seinen spezifischen Interessen angesprochen wurde und im Planungsprozess Berücksichtigung finden konnte.[10] Das Konzept, mit dem das KSF seine Arbeit aufnahm, kann am besten als visionär bezeichnet werden. Es war sehr groß dimensioniert und basierte auf äußerst detaillierten Organisationsvorstellungen, vor allem aber zeigte sich darin kaum ein konkreter lokaler Bezug.

Währenddessen bahnte sich im Sommer 1970 ein Konflikt in der Südstadt an, der den Betroffenen die fehlende Sensibilität städtischer Planung für die Bedürfnisse der Bewohner drastisch vor Augen führte. Im März wurde den Eltern einer der wenigen Kindergärten in der Südstadt, darunter auch eine Anzahl der Initiatoren des Kölner Stadtforums, mitgeteilt, dass ihr Kindergarten noch im Juli ersatzlos geschlossen werden sollte. Die Stadt lehnte eine sofortige Wiedereinrichtung ab und verwies dabei auf die grundlegende Neuordnung des Viertels im Rahmen der geplanten Sanierung.[11] In der folgenden Auseinandersetzung überschnitten sich allgemeine Kritik an einer Stadtentwicklung, die den Bürgern elementare soziale Einrichtungen vorenthielt, mit den subjektiven Interessen der Betroffenen. Neben die Argumentation des KSF trat der Appell an die persönliche Betroffenheit: „Haben Sie Kinder? Dann wissen Sie, welche Schwierigkeiten es macht, einen Platz in einem Kindergarten zu bekommen."[12] Von entscheidender Bedeutung für die weitere Annäherung der entstehenden Protestbewegung an den lokalen Bezugsrahmen der Südstadt war der ausgesprochen dynamische Verlauf der anschließenden Ereignisse: Zunächst gelang es den Initiatoren, zumeist eben jenen Eltern, die auch zu den Gründern des KSF gehörten, in mehreren gut besuchten Versammlungen die Bürgerinitiative südliche Altstadt (BISA) zu gründen, deren vorläufig einziges Ziel die Wiedereinrichtung des Kindergartens war.[13] Noch entscheidender war die symbolische Besetzung des zum Teil leerstehenden alten Universitätsgebäudes, an der über 100 Kinder bzw. deren Eltern teilnahmen. Bereits nach wenigen Stunden der

[10] Kölner Stadtforum: Konzept (1971), HAStK, Best. 7740/1216; Kölner Stadtforum: Antwortkarte „Ich möchte in der angekreuzten Gruppe des KSF mitarbeiten ..." (1971), HAStK, Best. 7740/1216.

[11] Gemeinde St. Maternus: Pfarrbrief (März 1970), HAStK, Best. 7740/1228; Brief Beigeordneter Burger an SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln (22.9.1970), HAStK, Best. 7740/1228.

[12] Bürgerinitiative Südstadt: Wohin jetzt mit den Kindern? (Juli 1970), HAStK, Best. 7740/1200.

[13] Bürgerinitiative Südstadt: Notizen (Juli 1970), HAStK, Best. 7740/1200.

Besetzung lenkten Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor, die persönlich mit den Besetzern diskutierten, ein und sagten zu, sofort Räumlichkeiten zur Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen.

Das Momentum des Protests entwickelte sich aus Sicht der Initiatoren ganz eindeutig aus der besonderen lokalen Situation, für die fehlende Betreuungsangebote für Kinder lediglich ein Indikator waren. Auf der einen Seite schienen die Südstadtbewohner von der offiziellen Politik vernachlässigt zu werden, auf der anderen Seite deutete der Erfolg des Protestes aber auch auf das Vorhandensein ungewöhnlich starker sozialer Netzwerke hin, die diese Vernachlässigung bisher hatten auffangen können. Die kritischen Architekten, die bis dahin geglaubt hatten, die Organisation von Foren reiche aus, um Stadtplanung zu demokratisieren, hatten unter den alteingesessenen Bewohnern der Südstadt eine bis dahin unbeachtete Kraft ausgemacht.[14]

In den folgenden Jahren verschob sich der Schwerpunkt der Kritik an der Stadtentwicklung in Köln immer mehr hin zu lokalen Initiativen. Bereits 1972 diskutierte das Stadtforum offen darüber, die Aufgaben neu zu definieren, bis es seine Arbeit zunächst auf die finanzielle Unterstützung von Bürgerinitiativen reduzierte und schließlich 1974 als Herausgeber des Kölner VolksBlatts nur noch Koordinationsaufgaben wahrnahm.[15] In der Entwicklung vom Kölner Stadtforum zur BISA zeigt sich ein Paradigmenwechsel, der innerhalb der Protestbewegungen stattfand: Auch Protest ließ sich nicht „von oben" planen und strukturieren, sondern musste „von unten" entstehen und konnte bestenfalls koordiniert werden. Die ursprünglich in einem abstrakten, akademischen Diskurs entstandene Forderung nach Partizipation an Stadtentwicklungsprozessen schien in seiner lokalen Kontextualisierung eine adäquate und vor allem erfolgversprechende Strategie gefunden zu haben.

Die Südstadt als Repräsentation eines kölschen Arbeiterviertels: Anknüpfungspunkte für Protest

Die Kräfte, die bei dem Konflikt um den Kindergarten zum Vorschein gekommen waren und wesentlich zum Erfolg beigetragen hatten, bedurften der Deutung und nicht zuletzt einer Konzeptionalisierung, um sie für die Demokratisierung der Stadtplanung zu erschließen. Diese Kräfte fußten nach Einschätzung der Aktivisten auf Werten, die in der Südstadt paradigmatisch vorzufinden seien. Gleichzeitig sahen sie die Gefahr, dass diese Werte durch die Sanierung bewusst oder fahrlässig zerstört werden würden. Diese Werte ließen sich zu einer Konstruktion lokaler Identität verdichten, die im Folgenden aus Sicht der Aktivisten beschrieben werden soll.

[14] Kölner Stadt-Anzeiger 12.9.1972: „Wenn Bürger auf die Pauke hauen".

[15] Kölner Stadtforum: Protokoll der Vorstandssitzung (24.9.1974), HAStK, Best. 7740/1222.

Beispielhaft dokumentiert wurden die Vorstellungen über die Identität der Südstadt 1972/1973 in einer Ausstellung einer Projektgruppe von Studenten der in der Südstadt gelegenen Werkschule, die eng mit der BISA zusammenarbeitete.[16]

Ein wesentlicher Faktor auf die Ausbildung lokaler Identität auf den die Ausstellung Bezug nahm, war die Ausbildung lokaler Identität auf der materiellen Ebene entlang der gebauten Umwelt. Der bauliche Zusammenhang zwischen Südstadt und Gesamtstadt hatte sich in der Nachkriegszeit wesentlich verändert. War die Südstadt bis zum Zweiten Weltkrieg noch eng mit der restlichen Innenstadt verwachsen, so hatten in den 1950er Jahren der Bau von Verkehrsachsen – Severinsbrücke und Nord-Süd-Fahrt – sowie Kriegseinwirkungen auf angrenzende Wohnquartiere diese Beziehung zerstört. Zusammen mit der vorhandenen Abgrenzung gegen die südlichen Kölner Stadtteile durch eine Bahnstrecke und den Rhein im Osten war die Südstadt zu einem abgeschlossenen Raum geworden, dessen Grenzen im Stadtbild deutlich erkennbar waren. Die relative räumliche Isolierung reichte zwar nicht aus, um damit lokale Identität zu begründen, aber sie erleichterte durch ein klares Angebot zur Abgrenzung, die in der baulichen Struktur vorgefunden wurde, die Definition des Identitätsraumes „Südstadt". Dieser Aspekt von Identitätsbildung wurde selten explizit formuliert, dürfte aber wohl eine nicht unwesentliche Grundlage für die weitere Argumentation gewesen sein, weil dadurch die Frage nach der räumlichen Definition von „Südstadt" ausgeblendet werden konnte.[17]

Als entscheidend für die Identität der Südstadt wurde ihre Sozialstruktur und die damit verflochtene Vorstellung von einem spezifischen lokalen Lebensstil gesehen. Beides verstärkte sich gegenseitig zu dem integrierten Topos des „kölschen Arbeiterviertels". Die Geschichte der Südstadt legte die Kennzeichnung als Arbeiterviertel nahe: Hier waren während der Urbanisierung die ersten bedeutenden Fabriken und Arbeiterorganisationen in Köln entstanden. Der Anteil der als Arbeiter beschäftigten Bewohner war hoch, ebenso wie der Anteil von Wählern und Mitgliedern der Sozialdemokraten und später, während der Weimarer Republik, der Kommunisten.[18]

> *Die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Arbeiterkämpfe zeigt, daß die entscheidenden Initiativen [...] von Arbeitervierteln ausgingen, die gleichzeitig die organisatorische Basis für den politischen Kampf darstellten. [...]*

[16] Protokoll des Kontaktgesprächs (28.10.1972), HAStK, Best. 1645/9.

[17] Paul Reuber, „Ihr parkt auf meinen Erinnerungen". Zur Rolle der räumlichen Umwelt für die Entstehung der Ortsbindung, in: Hans Gebhardt (Hg.), Zuhause in der Großstadt. Ortsbindung und räumliche Identifikation im Verdichtungsraum Köln, Köln 1995, S. 61–74, hier S. 63 f.

[18] Josef Eckert/Mechthilde Kißler, Südstadt, wat es dat? Kulturelle und ethnische Pluralität in modernen urbanen Gesellschaften am Beispiel eines innerstädtischen Wohngebietes in Köln, Köln 1997, S. 99.

> *Wo auch in der Phase äußerster Machtentfaltung des Faschismus die SA und SS nicht fußfassen konnte.*[19]

In diesem Zusammenhang rekurrierten die Aktivisten um die BISA zu Beginn der 1970er Jahre auf eine politische Tradition, die auf eine Dominanz der Arbeiterparteien und deren Durchsetzungsvermögen innerhalb des Viertels verwies, aber auch darauf, dass sich eine Mehrheit der Bewohner von diesen repräsentiert und in politischen Gremien vertreten fühlte. Der Rekurs auf die 1920er und 1930er Jahre, der in dieser Traditionsbildung zu Tage tritt, wird noch deutlicher, wenn die klare Abgrenzung gegen den Nationalsozialismus – auch und gerade nach 1933 – beschworen wird. Hier konnte bei der Konstruktion einer „Südstadt"-Identität auf eine stark ausgeprägte politische Symbolik zurückgegriffen werden.[20]

Als bedeutendster Faktor bei der Ausbildung raumbezogener Identität wird in der Forschung auf soziale Netzwerke hingewiesen, die diese tragen.[21] Der Topos des „kölschen Arbeiterviertels" stach auch in dieser Beziehung hervor. Die Aktivisten aus dem Umfeld der BISA rückten die ausgeprägte Stabilität der lokalen Netzwerke in das Zentrum ihrer Argumentation. Sie interpretierten es als wesentlich für den Charakter der Südstadt und zudem als Klassenspezifikum.

> *Die ‚alten Stadtviertel' bieten in ihrer historisch gewachsenen Struktur Voraussetzungen für die Kommunikation der Bevölkerung und eine Identifikation mit ihrer Umwelt und Klasse. Diese [...] ist sogleich die Voraussetzung für politisch solidarisches Handeln.*[22]

Die Argumentation folgte der Idee, dass in Arbeitervierteln der formalen, hierarchischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft eine solidarisch handelnde Gesellschaftsorganisation entgegengesetzt werde – historisch begründet in der Notwendigkeit, fehlende materielle Ressourcen durch stärkere soziale Vernetzung und Solidarität aufzufangen: „... da gab es nichts, was nicht in gegenseitiger, nachbarschaftlicher Hilfe ausgeholfen wurde. Das war eine Selbstverständlichkeit, daß

[19] Werkschule Ubierring, Projektgruppe Severinsviertel: Untersuchung „Severinsviertel" (1973), HAStK, Best. 7740/640, Bl. 27.

[20] Der ausgeprägte Bezugnahme auf die politischen Konflikte der Weimarer Republik durch die westdeutsche Linke zu Beginn der 1970er Jahre wird u. a. konstatiert in: Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt (Main) 2005.

[21] Hans Gebhardt, Zuhause in der Großstadt. Ortsbindung und räumliche Identifikation im Verdichtungsraum Köln, Köln 1995, S. 33.

[22] Werkschule Ubierring, Projektgruppe Severinsviertel: Untersuchung „Severinsviertel" (1973), HAStK, Best. 7740/640, Bl. 27.

da geholfen wurde."[23] So wurden nicht nur in Köln Arbeiterviertel traditionell als eine Art Parallelwelt innerhalb der bürgerlich dominierten Stadt wahrgenommen, für die die Ausbildung starker Netzwerke entscheidend gewesen sei.[24] Die Netzwerkbildung in der Südstadt wurde von mehreren Faktoren, die linksgerichtete Kreise zu Beginn der 1970er Jahre als charakteristisch herausstellten, unterstützt bzw. manifestierte sich in ihnen. An erster Stelle war dies die Beobachtung, dass öffentliche und halböffentliche Räume eine herausragende Funktion für die Kommunikation im Viertel hatten. Die Straßen dienten den Kindern zum Spielen und den Alten als Begegnungsraum. Die kleinteilige Gewerbestruktur schuf mit ihrem Angebot an Kneipen, kleinen Läden und Handwerksbetrieben Kommunikationsräume und förderte langfristige persönliche Kontakte. Die Bedeutung von öffentlichen und halböffentlichen Räumen verdichtete sich in Beobachtungen wie der folgenden:

> *Da sind die Leute, die, im Fenster liegend, sich über die Straße hinweg unterhalten, oder sich auf der Straße während des Einkaufs zusammenstellen. Es scheint jeder jeden zu kennen: in kleinen Geschäften werden die Kunden oft mit ihrem Namen angeredet, der sprichwörtliche Bäcker an der Ecke schreibt auch schonmal an ...*[25]

Wie bereits angedeutet, existierten ähnlich strukturierte Arbeiterviertel nicht nur in Köln. Aber die politisch Aktiven stellten die Südstadt gerade als spezifisch „kölsches" Arbeiterviertel und damit als besonders heraus. Durch die Kombination mit dem zweiten Attribut „kölsch" wurde die Distinktion verschärft und die Einzigartigkeit und damit das Identifikationspotential weiter zugespitzt. Die Südstadt unterschied sich demnach von anderen (wenn auch nicht allen) Teilen Kölns dadurch, dass sie „Arbeiterviertel" war. Von Arbeitervierteln in anderen Städten unterschied sie sich dadurch, dass sie „kölsch" war. „Kölsch" rekurrierte in diesem Zusammenhang auf die kollektive Selbstwahrnehmung und den ausgeprägten Lokalstolz der 2000-jährigen Stadt. Damit verbunden wurden und werden regelmäßig Eigenschaften der Bewohner wie Geselligkeit und Kommunikationsfreude, aber auch Gelassenheit und eine daraus hergeleitete Toleranz. Hier schien die Bildung sozialer Netzwerke durch einen ausgeprägt offenen Kommunikationsstil leichter und intensiver möglich, als in anderen deutschen Großstädten. Genauer betrachtet implizierte diese Attributisierung

[23] Werkschule Ubierring, Projektgruppe Severinsviertel: Untersuchung „Severinsviertel" (1973), HAStK, Best. 7740/640, Bl. 39.

[24] Bruno Fritzsche, Das Quartier als Lebensraum, in: Werner Conze (Hg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker, Stuttgart 1981, S. 105 f.

[25] Werkschule Ubierring, Projektgruppe Severinsviertel: Untersuchung „Severinsviertel" (1973), HAStK, Best. 7740/640, Bl. 9.

der Südstadt als „kölsch" sogar, dass sie paradigmatisch für das stand, was typischerweise als „kölsch" galt. Sowohl die Sprache – ein als unverfälscht wahrgenommener kölnischer Dialekt – als auch eine perzipierte „Lebensart" der Südstadtbewohner legten diese Interpretation nahe. In diesem Sinne verdoppelte das Attribut „kölsch" die Charakteristika des Arbeiterviertels, indem sie dessen Merkmale überlagerte und mit ihnen verschmolz.

Für die Aktivisten aus dem Umfeld der BISA war eine solche Konzeption der Südstadt ausgesprochen attraktiv. Die kritischen Architekten, die den Kern der Initiative ausmachten, sahen die Aneignung des öffentlichen und halböffentlichen Raumes als wegweisendes Prinzip für Architektur und Stadtplanung. So versuchte etwa der renommierte Kölner Architekt Erich Schneider-Wesseling, der ebenfalls der BISA nahestand, in dem Projekt „Urbanes Wohnen" die in Arbeitervierteln vorgefundenen Raumnutzungsmuster zu simulieren, indem er gezielt solche halböffentlichen Räume plante.[26] Parallel dazu folgte die Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen in Arbeitervierteln einem Trend in der westdeutschen Linken, die zu Beginn der 1970er Jahre den so genannten „Reproduktionsbereich" – also Fragen des Wohnens, der Bildung und Erziehung, der Freizeit und der Kultur – als Aktionsfeld für sich entdeckte.[27] Im Anschluss an die Normen und Praktiken, die das Zusammenleben in Arbeitervierteln strukturierten, entwickelte sich eine Vielzahl von alternativen Gesellschaftsmodellen – von Reformprojekten wie „Urbanes Wohnen" bis zu spätmarxistischen Deutungen etwa der hier zitierten Projektgruppe der Werkschule. Die Erfahrungen in diesen Stadtvierteln schienen zu beweisen, dass kleinteilige Netzwerke und Solidarität tragfähige Konzepte sozialer Organisation sein konnten und bürgerlichen Ordnungsvorstellungen überlegen waren. In ihnen wurde eine abweichende, zeitgenössisch als „proletarisch" bezeichnete Öffentlichkeit räumlich erfahrbar, aus der heraus eine grundlegende Gesellschaftsveränderung im Sinne der „Arbeiterklasse" möglich schien.[28]

[26] Historisches Archiv der Stadt Köln (Hg.), Fluxus + Urbanes Wohnen. Bauten und Visionen der 60er Jahre von Erich Schneider-Wesseling, Köln 1999; Urbanes Wohnen: Selbstdarstellung einer Idee und der Versuch, sie zu verwirklichen (1971), HAStK, Best. 7740/1269.

[27] Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Frankfurt (Main) 2001, S. 343 f.

[28] Oskar Negt/Alexander Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt (Main) [5]1977, S. 106 ff.

Instrumentalisierung lokaler Identität:
Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des „kölschen Arbeiterviertels“

1976 knüpfte die BISA an eine besondere Form lokaler Tradition an: sie organisierte die „Vrings-Kirmes“. Als ritualisierter Ausdruck der Aneignung öffentlichen Raumes verdichteten sich in der Kirmes die Charakteristika des „kölschen Arbeiterviertels“ sinnfällig an einem Ort. Die Nutzung der Zugasse und der Zwirnerstraße für das Fest bündelte zahlreiche Facetten lokaler Identität in einem Ereignis, das zugleich zur Vermittlung der Interessen der BISA gedacht war. Die Bürgerinitiative hatte bei der Anmeldung des Festes als Ziel angegeben, die Kommunikation mit den Bürgern verbessern zu wollen.[29] Dementsprechend standen Gespräche bei einem Glas Kölsch, Spiele für die Kinder und Informationen zu den Ideen der BISA im Vordergrund. Sie griff die im Viertel vorhandenen Kommunikationsstrukturen nicht primär auf, um diese als Wert an sich zu fördern, sondern mit der Absicht, über die anstehende Sanierung und die Arbeit der BISA zu informieren. Die Tatsache, dass die bekannte Kölner Band „Bläck Fööss“ für das Fest gewonnen werden konnte, unterstrich diesen Ansatz. Die „Bläck Fööss“, bis heute eher als Stimmungsband bekannt, hatten den Anspruch, in ihren Texten lokale Identität mit sozialkritischen Inhalten zu verbinden, reflektierten also die Strategie der BISA.[30] Um die Aktion in ihrer vollen Bedeutung zu verstehen, sei noch auf ihren expliziten Vergangenheitsbezug hingewiesen: die „Vrings-Kirmes“ hatte seit den 1950er Jahren nicht mehr stattgefunden. Die Veranstaltung rekurrierte damit nicht etwa auf eine bestehende, sondern eine bereits abgebrochene Tradition. In einem Informationssheft, das zu diesem Anlass herausgegeben wurde, dokumentierte die Initiative die frühere Kirmes und stellte die wiedereingeführte Kirmes ausdrücklich in diesen Bezugsrahmen. Zudem betonte sie, dass ehemalige Organisatoren reaktiviert werden konnten und entscheidend zu dem Erfolg des Festes beigetragen hätten.[31]

Der starke Vergangenheitsbezug verwies auf die Veränderungen, die in der Südstadt in den 1970er Jahren immer unübersehbarer und als Auswirkungen der anstehenden Sanierung diskutiert wurden. Unübersehbar war auch die Furcht vor Verlust der lokalen Identität und der Merkmale, die sie konstituierten. In dem Lied „En unserem Veedel“ besangen die „Bläck Fööss“ diese Verunsicherung vieler Südstadtbewohner:

[29] Brief BISA an Ordnungsamt (25.5.1976), HAStK, Best. 7740/1267.

[30] Tommy Engel, Engel, Bengel, Botzestengel, Köln 1991, S. 99ff.

[31] BISA: „Kirmes Zogass und BISA-Veedelsfest“ (1976), HAStK Best. 7740/1266; Kölner Stadt-Anzeiger 8.7.1976: „Wie in alten Zeiten“.

Wie soll dat nur wigger jon,
wat bliev dann hück noch ston,
die Hüsjer un Jasse
die Stündcher beim Klaafe
es dat vorbei.

En d'r Weetschaff op d'r Eck
ston die Männer an d'r Thek'
die Fraulückcher setze
beim Schwätzje zosamme
es dat vorbei.[32]

Das Zerstörungsszenario, das der Südstadt in ihrer Identität als „kölsches Arbeiterviertel" drohte, kannte auch einen Verursacher: der nach den Regeln des kapitalistischen Systems agierende „Spekulant". Dessen Verhalten stand in krassem Widerspruch zu den Werten, die die Identität der Südstadt auszumachen schienen. Profitorientiertes Handeln, das bisweilen die Grenzen der Legalität überschritt, stand im Widerspruch zu dem solidarischen Miteinander der Südstadtbewohner. Der „Spekulant" wurde von der BISA – wie von den meisten gegen Stadtsanierung gerichteten Initiativen – als Werkzeug einer Politik konzipiert, die auf die Vernichtung der sozialen Netzwerke zielte, die das Funktionieren einer alternativen sozialen Ordnung garantierten. Das Interesse der Politik an Sanierungen bestand aus dieser Sicht darin, letzte Reservate abweichenden Arbeiterlebens an bürgerliche Gesellschaftsformen anzupassen. Die versprochene Verbesserung der Lebensqualität bezog sich ausschließlich auf die materielle Versorgung und materialistische Werte, während soziale Netzwerke als Kern einer solidarischen Ordnung litten, so die Argumentation.[33] Die Unterstellung solcher Absichten fand sich paradigmatisch in der Beschreibung von peripheren Hochhaussiedlungen, in denen Sanierungsbetroffenen regelmäßig Ersatzwohnraum angeboten wurde:

Zwar haben die Bocklemündbewohner [Bocklemünd: peripherer Neubaustadtteil von Köln] Bad und Balkon, oft Müllschlucker und Teppichböden, aber all das verhindert nicht die Vereinsamung vieler Bewohner. Ihnen fehlt in einer kalten, freudlosen und langweiligen Umwelt die Möglichkeit der Kontaktpflege

[32] Bläck Fööss: En unserem Veedel (1973), http://www.blaeckfoeoess.de/texte/veedeltext.html (16.6.2007).

[33] Phil Cohen, Sub-Cultural Conflict and Working Class Community, in: Stuart Hall (Hg.), Culture, Media, Language. Working papers in cultural studies, 1972–79, London 1992, S. 78–87, hier S. 80 f.

> *zum Mitmenschen. Allenfalls samstags beim Wagenpflegen kommen sie über PS-Zahlen ins Gespräch.*[34]
> *Diese [auf Solidarität beruhende] politische Handlungsfähigkeit der Arbeiterbevölkerung soll durch eine Sanierungsstrategie der offiziellen Stadtplanung entscheidend geschwächt werden.*[35]

Der „Spekulant" machte sich die Interessen der Politik für sein Profitstreben zu Nutze. Auf der einen Seite schien die Identität der Südstadt dadurch zwar im Kern bedroht, auf der anderen Seite schien aber gerade diese Identität große Potentiale zur Gegenwehr in sich zu bergen. Die lokale Identität als „kölsches Arbeiterviertel" eröffnete die Möglichkeit, den „Spekulanten" als „inneren Fremden" zu konstruieren, der in seiner Wesensart dem vermeintlich homogenen Charakter des Ortes nicht entsprach.[36]

> *Wie viele der Kölner Faschisten, die als SA-Trupps in das SV [Severinsviertel: häufig auch als Synonym für die Südstadt benutzt] zu marschieren versuchten und denen damals die Severiner Bevölkerung Steine und Tomaten auf die Köpfe warfen, sind heute an dem Einmarsch des Kommerzes und der ökonomischen Aufwertung durch Zerstörung und Umrüstung des SV beteiligt?*[37]

Mit der Gleichsetzung der „Spekulanten" mit Nationalsozialisten legitimierten die Autoren nicht nur die bewusste Abgrenzung, sondern auch ein aktives Vorgehen gegen diese. Zugleich griffen sie die antifaschistische Tradition als Bestandteil lokaler Identität auf, um Widerstand gegen „Spekulation" – in Form des „Einmarsch des Kommerzes und der ökonomischen Aufwertung" – als identitäre Eigenschaft der Südstadt und damit als gewissermaßen „natürliche" Verhaltensweise ihrer Bewohner zu untermauern.

Der „Spekulant" fungierte aber nicht nur als abstrakte Chiffre, sondern wurde in der Südstadt durch den Immobilienunternehmer Renatus Rüger personifiziert. 1974 hatte er in einem undurchsichtigen Verfahren das ehemalige Betriebsgelände der Stollwerck AG erworben.[38] Für das Gelände, das als Kernstück der Sanierung in der

[34] Werkschule Ubierring, Projektgruppe Severinsviertel: Untersuchung „Severinsviertel" (1973), HAStK, Best. 7740/640, Bl. 22.

[35] Werkschule Ubierring, Projektgruppe Severinsviertel: Untersuchung „Severinsviertel" (1973), HAStK, Best. 7740/640, Bl. 27.

[36] Ipsen, Regionale Identität (wie Anm. 5), S. 250.

[37] Werkschule Ubierring, Projektgruppe Severinsviertel: Kommunikation (o.D.), HAStK, Best. 1645/12.

[38] Über das Zustandekommen des Kaufes des Stollwerckgeländes wurde und wird in der Kölner Öffentlichkeit viel spekuliert, darauf kann in diesem Zusammenhang aus Platzgründen aber

städtischen Planung vorgesehen war, legte er ein eigenes Bebauungskonzept vor, das vor allem die Einrichtung von Einzelhandels- und Büroflächen und hochwertigen Wohnimmobilien vorsah.[39] Aus Sicht der BISA ging von diesem Projekt das befürchtete Zerstörungsszenario aus. Der Aufwertungsdruck, der von der geplanten Bebauung ausgehen würde, drohe, den Charakter der Südstadt langfristig zu zerstören. Folglich konzentrierte sie ihre Arbeit auf die Auseinandersetzung um das Stollwerckgelände. Die „Vrings-Kirmes" wurde nicht zufällig reaktiviert, sondern insbesondere auch, weil sie in unmittelbarer Nachbarschaft zu dem umstrittenen Areal stattfand. Die BISA positionierte sich mit dem Fest so, dass der Anspruch, lokale Identität gegen die Bedrohung durch den „Spekulanten" Rüger zu wahren, auch räumlich gekennzeichnet und als ein verortbares Problem in das öffentliche Bewusstsein gerufen wurde.[40] Mit der Wahl des Ortes rekurrierte sie auf die historische Bedeutung der traditionellen Kirmes, richtete sich aber symbolisch auf eine potenzielle Zukunft.

Die Kommunikation mit den Bürgern, die es mit Hilfe der Reaktivierung der „Vrings-Kirmes" zu verbessern galt, hatte denn auch die alternativen Nutzungspläne der BISA für das „Wohnen im Stollwerck" zum Inhalt: „Auf dem Straßenfest giebt's (sic!) auch ein Modell zum ‚Wohnen im Stollwerck'. Da kann man sich genau informieren wie es weitergeht."[41] Das Kölner VolksBlatt verbreitete eine Sonderausgabe mit der vermeintlichen Sensationsmeldung: „Hat Rüger das Stollwerckgelände der BISA geschenkt?"[42] Vordringlichstes Ziel der BISA-Pläne zum „Wohnen im Stollwerck" war es, ein Wohnungsangebot und eine soziale Infrastruktur bereitzustellen, die sich möglichst nahtlos in die bestehende Struktur des Viertels einpassten. Durch die angestrebte Bebauung erhofften sich die Initiatoren, die Sozialstruktur der Südstadt gegen die sanierungsbedingte Erosion zu stabilisieren und damit die südstädtische Identität zu konservieren. Die Forderung, die sie durch ihre eigenen Pläne zur Stollwerckbebauung unterstrichen, war folglich: Erhaltung der lokalen Identität durch Erhaltung der Sozialstruktur. Aus einer vergangenheitsbezogenen Konstruktion lokaler Identität entwickelte die Bürgerinitiative südliche Altstadt ein Konzept zur zukünftigen Gestaltung der Südstadt. Als Alternative zu Plänen kommunaler Ämter und privater Investoren beruhte dieses auf dem Ideal

nicht weiter eingegangen werden.

39 Kaspar Bader GmbH: Vorschlag über die Sanierung, Nutzung und Bebauung des Stollwerck-Quartiers in Köln (1975), HAStK, Best. 7740/1348.

40 Vgl. Thomas Balistier, Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989, Münster 1996, S. 174f.

41 Bürgerinitiative südliche Altstadt: „Veedelsfest unn Kirmes en d'r Zogass" (3.7.1976), HAStK, Best. 7740/1266.

42 Kölner VolksBlatt: BISA-Sonderblatt (1976), HAStK, Best. 7740/1394.

einer solidarischen Gesellschaft, für die die Kölner Südstadt und ihre Bewohner zu stehen schienen.[43]

Rekonstruktion des lokalen Selbstverständnisses: Auf dem Weg zum multikulturellen Viertel

Die Aktivitäten der BISA, die auf der konstruierten Identität der Südstadt als „kölsches" Arbeiterviertel beruhten, konfligierten im Laufe der Zeit aber immer offensichtlicher mit der Erosion des klassischen Arbeitermilieus und der klassischen Arbeiterviertel.[44] Die Bürgerinitiative zielte mit ihrer Forderung nach Erhaltung der Sozialstruktur auf die Konservierung der Südstadt als „kölsches Arbeiterviertel". Inzwischen war aber z. B. der Ausländeranteil im Sanierungsgebiet von 20,31 % (1970) auf 31,3 % im Jahre 1975 angestiegen.[45] Im gleichen Zeitraum begannen „Lebensstilmigranten" – zu denen vor allem Studierende gehörten, aber auch die Aktivisten der BISA gerechnet werden konnten – das öffentliche Leben des Viertels zu dominieren. Diese Entwicklung war für Sanierungsgebiete in der Bundesrepublik durchaus typisch und lag offen zu Tage.[46] Ganz offensichtlich widersprachen die Vorstellungen der BISA über den Charakter der Südstadt der sozialen Realität. Vielmehr bezog sich die von der Initiative konstruierte Identität auf eine Konstellation, die schon 1970 so nicht mehr existierte – man denke an die „Vrings-Kirmes", die seit den 1950er Jahren nicht mehr fortgeführt worden war. Es verwundert in diesem Zusammenhang kaum, dass überwiegend ältere Bewohner befragt wurden und in den Veröffentlichungen der Initiativen zu Wort kamen, wenn an lokale Identität angeknüpft werden sollte. Sie erzählten fast immer aus ihrer Kindheit und Jugendzeit im Viertel und davon, wie sehr die Veränderungen der letzten Jahre die soziale Substanz der Südstadt ausgehöhlt habe. Der Rückgriff auf eine verklärte Vergangenheit der Nachbarschaftsnetzwerke ist dabei für die Kölner Viertel ein durchaus typisches Merkmal der Konstruktion lokaler Identität. Soziale Netzwerke und Homogenität wurden häufig ex post in die Gegenwart projiziert.[47]

Das Problembewusstsein derjenigen, die tatsächlich noch als „kölsche Arbeiter" gelten konnten, richtete sich weniger auf die Folgen privater Investitionstätigkeit und

[43] Reinhard Tomadich, „Es muß nicht immer Abriß sein ...", in: Spuren 2 (1979) Nr. 6, S. 28–31.

[44] Vgl. z. B. Hartmut Kaelble, Sozialgeschichte Europas. 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2007, S. 188 f.

[45] Stadt Köln, Projektgruppe Severinsviertel: Entwicklung der Ausländeranteile an der Bevölkerung im Untersuchungsgebiet Severinsviertel (15.7.1976), HAStK, Acc. 1113/497.

[46] Eckert/Kißler, Südstadt, wat es dat? (wie Anm. 18), S. 112 ff.

[47] Gebhardt, Zuhause in der Großstadt (wie Anm. 21), S. 39.

staatlicher Eingriffe in das Viertel, sondern vielmehr auf den massiven Zuzug von Migranten und Studenten. Es waren diese Gruppen, die die alteingesessene Bevölkerung mit Skepsis betrachtete, während das „Unwesen", das „Spekulanten" im Viertel trieben, ein eher außeralltägliches Problem blieb. Vor dem Hintergrund zunehmender Konflikte zwischen der „kölschen" Bevölkerung und Migranten, aber auch der zum Teil deutlichen Ablehnung der studentischen Bewohner und deren Lebensstil, stellte sich die Frage, wie die Forderung nach Erhalt der Sozialstruktur gemeint war. Die Mitte der 70er Jahre bestehende Situation beurteilten viele Alteingesessene als negativ und empfanden die massive Verschiebung der Sozialstruktur während des vorangegangenen Jahrzehnts als Ursache für die Erosion der sozialen Zusammenhalts.[48] Sie standen der geplanten Sanierung, im Gegensatz zu dem von der BISA entworfenen Bild, äußerst erwartungsfroh gegenüber. In Übereinstimmung mit den Zielen der Stadtverwaltung ging es nicht um den Erhalt der bestehenden, sondern um die „Wiederherstellung einer ausgewogenen Sozialstruktur".[49] Aus ihrer Sicht musste mit der umfassenden Erneuerung des Viertels so schnell wie möglich begonnen werden, um der „Überfremdung" ihrer Lebensumwelt entgegenzuwirken.[50]

Der eigentliche Konflikt verlief nicht, wie von der BISA konstruiert, zwischen dem „kölschen Arbeiterviertel" und an der Sanierung interessierten Kommunalpolitikern und privaten Investoren – verkörpert durch den „Spekulanten" – sondern innerhalb des Viertels selbst. Die drei höchst unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen, die die Südstadt zu etwa gleichen Teilen bewohnten, standen einander recht unvermittelt gegenüber. Die Demokratisierung der Stadtentwicklung – das ursprüngliche Ziel der kritischen Architekten zu Beginn der 70er Jahre – konnte in Anerkennung des Status quo nur im Interessensausgleich der verschiedenen Bevölkerungsgruppen erreicht werden. Auch die Bürgerinitiative südliche Altstadt konnte das Bild zweier konkurrierender Systeme sozialer Organisation nur noch als verbalradikale Version ihrer Ansichten aufrecht erhalten. Bereits in den Jahren 1977 bis 1979 konzentrierten einige der Protagonisten ihre Arbeit auf die Aktivierung von offenem Meinungsaustausch und Moderation von Konflikten innerhalb der einzelnen Baublöcke, als Beitrag zu einer alternativen Stadtplanung.[51] Die stark auf die Erfahrungen der Gemeinwesenarbeit rekurrierende Vorgehensweise zeigte erste Erfolge. Probleme

[48] Gemeinde St. Severin: Stellungnahme zum „Bericht über die Auswertung der Bestandsaunahme und Zielentwicklung betr. Sanierung Severinsviertel" (August 1977), HAStK, Best. 7740/638.

[49] Stadt Köln: Sanierung Severinsviertel. Bericht über das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen nach $4 StBauFG zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes Severinsviertel, Köln 1977, S. 62.

[50] Kölnische Rundschau 16.3.1974: Kommentar – „Es wäre ein Wunder".

[51] Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen: Dokumentation über die Sanierung des Severinsviertels (1983), HAStK, ZS V 381/34.

im alltäglichen Zusammenleben der verschiedenen Gruppen kamen zur Diskussion und wurden in baulichen Lösungen umgesetzt. Als beispielhaft kann ein Fall gelten, in dem ältere „kölsche" und türkische Bewohner in Konflikt über die auf der Straße spielenden türkischen Kinder geraten waren – ohne miteinander zu sprechen, sahen die Eltern ihre Kinder durch den Verkehr gefährdet, die Besitzer ihre auf der Straße geparkten Fahrzeuge. In einem Moderationsprozess gelang es, diese Probleme zur Sprache zu bringen und durch die gemeinsame Einrichtung eines Spielplatzes in einer Baulücke zu lösen.[52] Im Herbst 1979 begann die Stadt in einer Reihe von Blöcken Architekturbüros mit der Durchführung von Planungsstammtischen zu beauftragen, die solche Aushandlungsprozesse über die zukünftige Gestaltung in Gang setzen sollten. Die beauftragen Architekturbüros stammten aus dem Umfeld der BISA.[53]

In den folgenden Jahren avancierte die Südstadt, verstärkt durch die Besetzung des Stollwerck-Geländes im Mai 1980, zu einem Experimentierfeld für auf Interessensausgleich gerichtete stadtplanerische Verfahren. Die stark variierenden Wünsche und Bedürfnisse der alteingesessenen Bevölkerung, der Migranten und des links-alternativen Milieu wurden mitunter wechselseitig kritisch kommentiert, aber doch von allen Beteiligten als gleichberechtigt akzeptiert. Die Mitte der 1970er Jahre eingetretenen Verschiebungen der Sozialstruktur hatten gezeigt, dass sich das Zusammenleben im Viertel weder nostalgisch idealisieren ließ, noch als Verfall gebrandmarkt werden konnte, wollte man eine an den Wünschen aller Betroffenen orientierte Sanierung durchführen. Das neue Konzept, divergierende Interessen zusammenzubringen, schlug indes auch auf die Rekonzeptualisierung der lokalen Identität durch, denn in den frühen 1980er Jahren wurde dieses Miteinander unterschiedlicher Bewohnergruppen wiederum zum identitätsstiftenden Prinzip erhoben. Hatte das Bild vom „kölschen Arbeiterviertel" auf der Annahme von der Homogenität der Bevölkerung beruht und in der Abgrenzung von „innen" und „außen" dessen Abwehrcharakter betont, war der „multikulturelle" Entwurf des Viertelcharakters auf Integration gerichtet. In der neuen Identität als multikulturelles Viertel idealisierten sich Vorstellungen von Diversität und Toleranz. Gemeinsam war beiden Modellen lokaler Identität der Kölner Südstadt jedoch, dass sie für sich in Anspruch nahmen, für die Gesamtgesellschaft wegweisend zu sein.[54]

[52] Gespräch mit Stefan Peil in Köln am 16.3.2007.

[53] Stadt Köln: Drs. Nr. 18–55/80 (13.2.1980), HAStK, Acc. 594/195.

[54] Josef Eckert/Mechthilde Kißler, Vom Arbeiterquartier zum Szenestadtteil. Die Entstehung eines innerstädtischen Wohnviertels nach Abschluß der Urbanisierung, in: Die Alte Stadt 19 (1992), S. 51–74, hier S. 66ff.

Fazit

Die Untersuchung des Protests in der Kölner Südstadt bietet einen weitergehenden Ansatz zur Rolle von Identitätsbildung für Protestbewegungen, der die Raumkategorie als ambivalenten Faktor von Identitätskonstruktionen mit einbezieht. Kollektive Identität als Mobilisierungsfaktor für Protest ist zwar schon vielfach untersucht worden, doch bezog diese sich immer auf die Zuschreibung einer Identität zu Personengruppen. Die symbolische Bedeutung bestimmter Orte für Protestbewegungen wurde immer wieder konstatiert, aber ohne dass die identitätsstiftende Bedeutung von Lokalität gesondert reflektiert und systematisiert worden wäre. Eine Definition wie beispielsweise, „The construction of identity is an essential component in collective action. This enables actors engaged in conflict to see themselves as people linked by interests, values, common histories ..."[55] gehen am Fall der Kölner Südstadt vorbei. Hier war die Konstruktion von Identität nicht auf die Protestierenden selber gerichtet – von denen niemand behauptete „kölscher" Arbeiter zu sein – sondern auf einen Raum. Es ging darum, Dritte zu mobilisieren, deren vermeintliche Gemeinsamkeit im Vorhandensein eben dieser raumbezogenen Identität zu bestehen schien. Die BISA-Aktivisten konstruierten Identität für – aber auch anstelle von – Südstadtbewohnern, um damit ihre politischen Forderungen zu legitimieren. Die eigentliche, professionelle, Identität vieler Aktivisten als Planer im weitesten Sinne – ohne räumlichen Bezug – hatte, wie das Beispiel des Kölner Stadtforums zeigt, dafür nicht ausgereicht. Ziel dieses Beitrags war es jedoch nicht, eine Theorie zu diesem Themenfeld zu entfalten, sondern anhand eines einschlägigen Beispiels neue Perspektiven zum Zusammenhang von raumbezogener Identität und Protestmobilisierung zu eröffnen.

Zunächst ist festzuhalten, dass Raumbezug, wie allgemein vermutet, in den 1970er Jahren für Protestbewegungen an Bedeutung gewann. Das Beispiel zeigt aber auch, dass dieser Wandel zu Beginn der Dekade aus konkreten Erfahrungen herrührte – die Absicht, Stadtentwicklung zu demokratisieren, hätte sich auch auf einer abstrakten Ebene, wie urspünglich vom Stadtforum vorgesehen, umsetzen lassen. Der Bedeutungszuwachs speiste sich dementsprechend nicht aus theoriegeleiteten Strategieüberlegungen, sondern aus der Beobachtung, dass räumlich verortbare Konflikte ein hohes Mobilisierungspotenzial in sich bargen. Der Versuch, dieses Potenzial systematisch zu erschließen, mündete in die Konstruktion lokaler Identität.

Zweitens zeigt das Beispiel eine von personenbezogener Identität abweichende Dynamik. Der Prozess der Konstruktion, dessen Konfrontation mit der sozialen Realität und der darauf folgenden Rekonstruktion deutet auf die Ambivalenz raum-

[55] Donatella della Porta/Mario Diani, Social Movements. An Introduction, Oxford 1999, S. 109.

bezogener Identität hin. Dadurch wird sie in hohem Maße instrumentalisierbar und kann zur Legitimation politischer Forderungen eingesetzt werden.[56] Das Beispiel zeigt aber auch, dass es sich lohnt, lokale Identität nicht von vorne herein als konstruiert darzustellen, sondern aus der Perspektive derer, die sie nutzen und als quasi naturgegeben wahrnehmen, zu erschließen. So konnte die Vorstellung von einem spezifischen sozialen Gefüge, das man am besten als idealisierte oder verklärte Vergangenheit umschreiben kann, in die Gegenwart projiziert und dessen Erhaltung in der Zukunft eingefordert werden – mit der Absicht, abweichende Gesellschaftsmodelle zu etablieren. Erst durch die Konfrontation mit einer zweiten Perspektive, der der alteingesessenen Bewohner, wurde der konstruierte Charakter der BISA'schen Identitätsvorstellungen offensichtlich und verlangte nach einem Strategiewechsel.

Obwohl die Anknüpfung an lokale Identität durch die BISA und ihr nahestehende Gruppen zu Beginn der 1970er im Wesentlichen als gescheitert angesehen werden muss – die Mobilisierungserfolge bei der alteingesessenen Bevölkerung waren nur punktuell –, trugen ihre Aktivitäten dennoch zu einer Aufwertung von raumbezogener Identität als Grundlage von Stadtplanung und Architektur bei. Allein die Tatsache, dass der nivellierenden Stadtplanung der 1960er Jahre die Konservierung abweichender Identitäten als ein erstrebenswertes Ziel entgegengesetzt wurde, eröffnete neue Perspektiven. Diese Ansätze mündeten zu Beginn der 1980er Jahre in den allgemeinen Trend zu kleinteiliger postmoderner Planung, die in ihrem Bestreben, das Besondere hervorzuheben und unterscheidbare Räume zu schaffen, auf raumbezogene Identitätskonzepte rekurrierten.[57] Insofern bieten die Aktivitäten der BISA um die lokale Identität der Kölner Südstadt nicht nur einen Erklärungsansatz, der für die zunehmend raumbezogenen Protestbewegungen der 1970er Jahre relevant ist, sondern darüber hinaus eine Möglichkeit diese zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen in Beziehung zu setzen.

[56] Ipsen, Regionale Identität (wie Anm. 5), S. 232f.

[57] Gisela Schmitt, Stadterneuerung im weiteren Sinne. Kölner Planungsansätze zwischen Standort- und Stadtteilinteressen, in: Tilman Harlander (Hg.), Stadt im Wandel – Planung im Umbruch. Festschrift für Gerhard Fehl, Stuttgart 1998, S. 227–246, hier S. 231; Detlev Ipsen, Was trägt Raum zur Entwicklung der Identität bei? Und wie wirkt sich diese auf die Entwicklung des Raumes aus?, in: Sabine Thabe (Hg.), Räume der Identität – Identität der Räume, Dortmund 1999, S. 150–159, hier S. 150.